

Steine der Erinnerung in Liesing

WEGE DER ERINNERUNG IN LIESING

WEG 3

RAUM CARLBERGERGASSE/AUTOFABRIKSTRASSE



INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	Seite 3
Lageplan	Seite 4
1 Therese Klostermann	Seite 5
2 Rudolf Hawel	Seite 6
3 Olga Adler	Seite 8
4 Rosa und Ernst Goldstein	Seite 9
5 Josef Pluhar	Seite 10

Impressum

Medieninhaber*in: „Verein Steine der Erinnerung in Liesing für die Opfer des Holocaust und des nationalsozialistischen Terrors“ (<http://www.steine23.at/>)
in Kooperation mit der **Lokalen Agenda Liesing**.

Für den Inhalt verantwortlich: Robert Patocka, Alexandra Kropf, Waltraut Kovacic und Gabriele Bargehr, Lokale Agenda Liesing

Druck: Eigendruck

Wien, im Mai 2022

VORWORT

Der „Verein Steine der Erinnerung in Liesing für die Opfer des Holocaust und des Nationalsozialistischen Terror“ wurde 2013 in Kooperation mit der Lokalen Agenda Liesing gegründet. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, die Gedenkkultur im 23. Bezirk zu fördern und auszubauen. Wir gedenken dabei rassistischer und politischer Opfer, Opfer auf Grund ihrer sexuellen Orientierung, sowie Opfer des Euthanasieprogramms.

Wir verlegen Gedenksteine vor den Wohnhäusern der Ermordeten, errichten Gedenktafeln, organisieren Veranstaltungen im Kontext zu unseren Vorhaben und befassen uns auch mit anderen Themen, wie etwa den Zwangsarbeitslager im 23. Bezirk. Die digitale Aufbereitung ist uns ein bildungspolitisches Anliegen.

Vor 1938 lebten ca. 400 jüdische Menschen im heutigen Liesing, zur Kultusgemeinde Mödling gehörend, aber mit einer eigenen Synagoge in der Dirmhirngasse. Ungefähr ein Viertel davon wurde getötet, die anderen konnten/mussten flüchten. Sicherlich haben wir nicht alle Opfer erfasst, aber wir geben mit unseren Recherchen nicht auf.

Auf einer Gedenktafel für ca. 140 Opfer erinnern wir an die behinderten, alten und kranken Menschen die im Zuge des Euthanasieprogramms in diversen Tötungsanstalten ermordet wurden.

Die Anzahl der politischen Opfer ist deutlich geringer.

Mit den Wegen der Erinnerung können kürzere oder längere Begehungen der Gedenksteine vorgenommen werden.

Mit dem Smartphone kann auch in digitaler Form ein Rundgang durchgeführt werden. Öffnen Sie dazu die Webseite www.dort.pw auf Ihrem Smartphone oder Tablett. Wenn Sie mit dem Telefon zu einem Gedenkstein kommen, poppt ein Fenster auf, mit der Lebensgeschichte der Opfer, sowie allfälligen Aufnahmen in visueller und auditiver Form.

LAGEPLAN

Der Erinnerungsweg Nr. 3, ist einer von mehreren Erinnerungswegen durch den 23. Wiener Gemeindebezirk. Dieser Weg umfasst den Bereich Carlberggasse, Autofabrikstraße und Brennergasse.





THERESE KLOSTERMANN

Carlbergergasse 39

Der Erinnerungsweg Nr. 3, ist einer von mehreren Erinnerungswegen durch den 23.

Wiener Gemeindebezirk. Dieser Weg umfasst den Bereich Carlbergergasse, Autofabrikstraße und Brennergasse.

Therese Klostermann, geborene Lhotzky, wurde am 11.7.1913 geboren. Sie war Arbeiterin und wohnte in Atzgersdorf in der Ottokar-Kernstockgasse 13 (heute Carlbergergasse 39).

Therese Klostermann organisierte als kommunistische Funktionärin Spenden für die Unterstützung von Angehörigen politisch Inhaftierter. Sie wurde wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ am 27.11.1943 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 13.3.1944 im Landesgericht Wien hingerichtet.

Aus dem Urteil des Volksgerichtshofs vom 27.11.1943:

„Die Angeklagten Klostermann, Gebrüder Heindl [Franz und Michael Heindl], Franz Hauer, [Franz] Anderle und [Max] Schrems sind dadurch, dass sie bis Ende 1942 als Funktionäre der Kommunistischen Partei versucht haben, die Heimatfront zu zersetzen, der schwer kämpfenden Front in den Rücken gefallen. Solche Taten können nur mit dem Tode gesühnt werden. Der nationalsozialistische Staat würde sich selbst aufgeben, wenn er Menschen, die noch im 4. Kriegsjahr bewusst für den Kommunismus arbeiteten, nicht endgültig aus der deutschen Volksgemeinschaft ausschließen würde.“





RUDOLF HAWEL

Carlbergergasse 45

Rudolf Hawel wurde am 11.4.1891 geboren. Er war ledig und hatte ein Kind. Vom Beruf war er Schuhmacher. Er lebte in der damaligen Ottokar-Kernstockgasse 19, die heutige Adresse ist Carlbergergasse 45.

Rudolf Hawel wurde am 15. Juni 1938 in der sog. Juniaktion im Zuge der „Vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ mit 460 anderen Personen

nach Dachau deportiert und erhielt dort die Nummer 160. Er war ein Häftling der sog. PSV (Polizeiliche Sicherheitsverwahrung) mit einem grünen Winkel. Nach dem Gewohnheitsverbrechergesetz konnten sogenannte „Berufsverbrecher“ deportiert werden – es waren dies Personen, die für zumindest 2 Straftaten mit einem Strafausmaß von mehr als 6 Monaten verurteilt worden waren und diese Strafe auch abgesessen hatten. Es gibt keine Informationen zu den konkreten Straftaten, für die Rudolf Hawel verurteilt worden war.

Am 8. August 1938 kam Rudolf Hawel mit 304 anderen Häftlingen nach Mauthausen, wo er beim Aufbau des KZs Sklavenarbeit leisten musste. Dies war der erste Transport von Dachau nach Mauthausen. Er kam gemeinsam mit Josef Pluhar nach Mauthausen, für den ebenfalls in Liesing ein Stein der Erinnerung verlegt wurde. Ob sie sich gekannt haben, ist nicht bekannt.

Am 12. Februar 1940 verstarb Rudolf Hawel. Im Totenbuch wird als Todesursache gemeldet: durchbrochenes Magengeschwür und Bauchfüllung. Inwieweit man die Todesursache glauben kann, sei dahingestellt. Möglicherweise wurde er ermordet.

Zum Zeitpunkt seines Todes befanden sich in Mauthausen ca. 14.700 Menschen. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits ca. 200 Menschen getötet worden.

„Vorbeugende Verbrechensbekämpfung“

Auf Grundlage der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat erging am 14. Dezember 1937 der „Runderlass über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei“ des Reichsministeriums des Innern, mit dem die Vorbeugende Verbrechensbekämpfung reichsweit vereinheitlicht werden sollte. Die aufgrund dieser Regelung verhängte polizeiliche Vorbeugehaft, irrtümlich auch als befristete Vorbeugungshaft bezeichnet, betraf insbesondere vorbestrafte „Berufs- und Gewohnheitsverbrecher“, die nicht durch die Gestapo, sondern durch die Kriminalpolizei überwacht und interniert werden konnten. Betroffen waren aber auch andere sog. „asoziale“ Personengruppen wie „Arbeits-scheue“, Obdachlose, Sinti*^ze und Rom*ⁿja, Prostituierte und Homosexuelle. Diese Menschen sollten in „staatlichen Besserungs- und Arbeitslagern“, sprich Konzentrationslagern zum Schutz der Allgemeinheit „unschädlich“ gemacht werden.

PSV – Polizeiliche Sicherungsverwahrung

Ebenfalls durch die Kriminalpolizei erfolgte die Einweisung dieser Häftlinge, im Lagerjargon „Berufsverbrecher“ genannt. Hierbei handelte es sich um Personen, die in der Vergangenheit mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen waren und zumindest zwei Vorstrafen mit jeweils mindestens sechs Monaten Haftstrafe aufwiesen. Die gesetzliche Basis für diese Lagereinweisungen bildete das sogenannte „Gewohnheitsverbrechergesetz“, das es ermöglichte, neben der gerichtlichen Strafe zusätzlich Sicherungsverwahrung zu verhängen, „wenn die öffentliche Sicherheit es erfordert“.



OLGA ADLER

Autofabrikstraße 5

Olga Adler wurde am 12.7.1917 geboren. Ihr Wohnort war die Siebenhirten Straße 5 in Atzgersdorf. Wir verfügen leider über keine weiteren Informationen zu ihrem Leben. Es ist lediglich bekannt, dass sie am 11. Jänner 1942 von Wien nach Riga deportiert wurde.

Riga war die Hauptstadt Lettlands, das 1940 von der Sowjetunion okkupiert wurde. Im Jahr

1935 lebten dort 43.600 Jüd*innen – dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von 11,3 Prozent. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen im Jahr 1941 begannen Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung und es wurden zahlreiche diskriminierende Verordnungen erlassen. Im September bzw. Oktober 1941 wurde ein Ghetto eingerichtet, das von einer Mauer umgeben war. Ende November und Anfang Dezember 1941 wurden ca. 27.000 Menschen im Wald vom Rumbula erschossen, es waren vor allem lettische Jüd*innen, aber auch ca. 400 vorwiegend ältere Personen aus Wien. Es wurde so Platz für die nächsten Transporte aus Österreich und Deutschland gemacht.

Zwischen Dezember 1941 und Februar 1942 wurden insgesamt 4.200 Jüdinnen und Juden aus Wien deportiert, sie erreichten nach achttägiger Fahrt Riga. Auch Olga Adler kam mit diesen Transporten nach Riga – unter welchen Bedingungen sie dort starb, ist nicht bekannt. Wegen der schlechten Lebensbedingungen war die Sterblichkeitsrate im Ghetto sehr hoch, insbesondere bei älteren Personen und Kindern.

Insgesamt wurden 20.000 Menschen nach Riga deportiert. Von ihnen überlebten nur ungefähr 800 das Ghetto, die Selektionen und die Konzentrationslager. Darunter befanden sich auch rund 100 Jüd*innen aus Österreich.

Die Informationen zum Ghetto Riga basieren auf Angaben des DÖW – Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes.



ROSA und ERNST GOLDSTEIN Autofabrikstraße 1

Rosa Goldstein wurde am 26.5.1878 geboren. Sie betrieb eine Gemischtwarenhandlung, der Standort lässt sich heute nicht mehr eindeutig zuordnen. Er war entweder in der Siebenhirten Straße 1 (heute Autofabrikgasse) oder in der Rittergasse 9 (heute Klostermannngasse). In den Datenbanken scheint auch ein Ignaz Goldstein auf, mit einer

Gemischtwarenhandlung in der Autofabrikstraße 1. Er war vermutlich der Ehemann von Rosa Goldstein. Ignaz Goldstein wurde am 26.10.1939 nach Nisko (Polen) deportiert und dort getötet. Ob die Goldsteins geschieden waren, ist nicht feststellbar. Im Ausreisefragebogen von Ernst Goldstein, der Sohn von Rosa Goldstein, scheint Ignaz Goldstein nicht auf. Über Ernst Goldstein ist mehr bekannt. Er wurde am 6.6.1914 in Atzgersdorf geboren und maturierte 1932. Er sprach Englisch und Französisch, spielte Violine und Gitarre.

Er arbeitete bis September 1934 als Kontorist in einer Holz- und Baumaterialienfirma und half in seiner Freizeit im Geschäft seiner Mutter aus. Danach war er arbeitslos und von seiner Mutter finanziell abhängig. 1938 wurde die Gemischtwarenhandlung, die seit dem März 1938 von den Kund*innen boykottiert wurde, arisiert bzw. verkauft. Laut dem Auswanderungsfragebogen wollte Ernst Goldstein nach England, Frankreich oder in die Schweiz auswandern, allerdings war er mittellos.

Von Jänner bis März 1939 lebte er in der Praterstraße 48/4, vermutlich in einer Sammelwohnung. Er verließ am 2.3.1939 Wien und gelangte über Augsburg (Armenhausgasse 1) in die Niederlande. In der Meldeauskunft wird die Abmeldung nach den Niederlanden mit 2.3.1939 vermerkt. Wie lange er in Augsburg lebte und wann genau er in die Niederlande flüchtete, ist unbekannt. Er wurde in Westerbork interniert, andere Datenbanken sprechen von Dachau. Am 27.2.1944 wurde er mit Transport XXIV/4 von Westerbork nach Theresienstadt deportiert und letztendlich nach Auschwitz gebracht, wo er am 28.4.1944 ermordet wurde.

Die letzte Meldeadresse von Rosa Goldstein war eine Sammelwohnung in der Pfarrgasse 23, im 2. Bezirk. Rosa Goldstein wurde am 5.6.1942 mit dem Transport 25, mit der Nummer 762, von Wien nach Izbica bei Lublin deportiert und dort ermordet.



JOSEF PLUHAR

Brennergasse 6

Josef Pluhar wurde am 7.3.1911 geboren. Seine Eltern hießen Johann und Rosalia Pluhar. Sein Glaubensbekenntnis war römisch-katholisch und er war mit Maria Pluhar verheiratet. Die Familie hatte ein Kind. Über seine Frau und das Kind ist nichts bekannt. Vom Beruf war er Hilfsarbeiter.

Er wurde am 15. Juni 1938 in der sog. Juniaktion im Zuge der „Vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ mit 460 anderen Personen nach Dachau deportiert und erhielt die Nummer 376. Er war ein Häftling der sog. PSV (Polizeiliche Sicherheitsverwahrung) mit einem grünen Winkel. Nach dem „Gewohnheitsverbrechergesetz“ wurden sogenannte „Berufsverbrecher“ deportiert – es waren dies Personen, die für zumindest 2 Straftaten mit einem Strafausmaß von mehr als 6 Monaten verurteilt worden waren und diese Strafe auch abgesessen hatten. Es gibt keine Informationen zu den konkreten Straftaten, für die Josef Pluhar verurteilt worden war.

Am 8. August 1938 kam er mit 304 anderen Häftlingen nach Mauthausen, wo er beim Aufbau des KZs Sklavenarbeit leisten musste. Dies war der erste Transport von Dachau nach Mauthausen. Er kam gemeinsam mit Rudolf Hawel nach Mauthausen, für den ebenfalls ein Stein der Erinnerung in Liesing verlegt wurde. Ob sie sich gekannt haben, ist nicht bekannt.

Am 24. Juni 1940 verstarb Josef Pluhar nach einer Operation, bei der ihm aus dem Magen ein Fremdkörper aufgrund einer Schussverletzung entfernt werden sollte. Ob Josef Pluhar im Zuge eines Fluchtversuches angeschossen wurde oder ob er Opfer der Willkür der SS wurde, ist nicht bekannt.

Zum Zeitpunkt seines Todes befanden sich in Mauthausen ca. 14700 Menschen. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits ca. 2400 Menschen getötet worden.

„Vorbeugende Verbrechensbekämpfung“

Auf Grundlage der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat erging am 14. Dezember 1937 der „Runderlass über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei“ des Reichsministeriums des Innern, mit dem die vorbeugende Verbrechensbekämpfung reichsweit vereinheitlicht werden sollte. Die aufgrund dieser Regelung verhängte polizeiliche Vorbeugehaft, irrtümlich auch als befristete Vorbeugungshaft bezeichnet, betraf insbesondere vorbestrafte „Berufs- und Gewohnheitsverbrecher“, die nicht durch die Gestapo, sondern durch die Kriminalpolizei überwacht und interniert werden konnten. Betroffen waren aber auch andere sog. „asoziale“ Personengruppen wie „Arbeits-scheue“, Obdachlose, Sinti* zze und Rom* nja, Prostituierte und Homosexuelle. Diese Menschen sollten in „staatlichen Besserungs- und Arbeitslagern“, sprich Konzentrationslagern zum Schutz der Allgemeinheit „unschädlich“ gemacht werden.

PSV – Polizeiliche Sicherungsverwahrung

Ebenfalls durch die Kriminalpolizei erfolgte die Einweisung dieser Häftlinge, im Lagerjargon „Berufsverbrecher“ genannt. Hierbei handelte es sich um Personen, die in der Vergangenheit mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen waren und zumindest zwei Vorstrafen mit jeweils mindestens sechs Monaten Haftstrafe aufwiesen. Die gesetzliche Basis für diese Lagereinweisungen bildete das sogenannte „Gewohnheitsverbrechergesetz“, das es ermöglichte, neben der gerichtlichen Strafe zusätzlich Sicherungsverwahrung zu verhängen, „wenn die öffentliche Sicherheit es erfordert“.